

# „Eine Demokratie muss Umfragen aushalten“

**Debatte über Verbot. Forscher warnen vor Eingriff in die Informationsfreiheit.**

**BIRGIT ENTNER**  
E-Mail: [birgit.entner@vorarlbergernachrichten.at](mailto:birgit.entner@vorarlbergernachrichten.at)  
Telefon: 01/3177834

**WIEN.** Zumindest in den Umfragen war Alexander van der Bellen immer Erster. Der frühere Grünen-Parteichef lag in den Prognosen konstant vor Norbert Hofer (FPÖ). Dass Letzterer mit beachtlichem Abstand das erste Rennen um die Hofburg für sich entschied, überraschte dann auch Politikexperten. Und während die Freiheitlichen ihren Triumph feierten, suchten die schwer geknickten Regierungsparteien bereits den Grund für ihre Niederlage. Die Umfragen seien mit schuld, lautete ein Erklärungsversuch von SPÖ und ÖVP bereits am Wahlabend.

Die Diskussion um die Prognosen ist eine altbekannte Nachwahlperiode der Republik. Sind die Meinungsforscher schuld? Wurde das Wahlergebnis von den Medien beeinflusst, indem sie die Umfrageergebnisse aufgetauscht hatten? Müssten die Prognosen nicht gleich verboten werden? Bereits im Jahr 2000 hat sich eine parlamentarische Enquete-Kommission mit diesen Fragen befasst. Das Ergebnis: Von einem Veröffentlichungsverbot von Umfragen ist abzuraten. Vielmehr müssten die Medien Rahmenbedingungen wie



Umfragen würden das Wahlverhalten nur minimal beeinflussen, sagt Medienwirkungsforscher Jörg Matthes. FOTO: APA

Stichprobengröße, Schwankungsbreite, Befragungszeitraum und Fragestellungen in der Berichterstattung hervorheben.

## Das Recht der Bürger

Jetzt kehrt die Debatte zurück. Jörg Matthes, Vorstand des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft in Wien, hält wenig davon. Umfragen würden Menschen in ihrer Wahlentscheidung nur minimal beeinflussen, sagt er. Außerdem dürften Wahlprognosen nicht isoliert betrachtet werden. Schließlich seien andere Elemente der Berichterstattung ebenso meinungsbildend - zum Beispiel Gespräche

mit Experten, die Prognosen abgeben. Diese könnten auch nicht einfach verboten werden. „Eine Demokratie muss Meinungsumfragen aushalten“, resümiert Matthes: „Weltweit wird in der Forschungsliteratur von einem Umfrageverbot abgeraten. Es widerspricht dem Recht der Bürger, sich frei zu informieren.“ Natürlich sei es möglich, dass eine Partei von Prognosen profitiere. Auch könnten sich Bürger auf Basis der Umfragen für eine strategische Stimme entscheiden. Das sei aber ihr gutes Recht, meint der Medienwirkungsforscher.

Ähnlich sieht das Robert Sobotka, Vorstand des Ver-

bands der österreichischen Marktforscher: „Es geht bei den Prognosen um die summierte Meinung der Bevölkerung. Diese vor der Wahl zu verbieten, hätte etwas sehr Udemokratisches an sich.“ Einerseits seien die Medien gefragt, ihre Leser über die Rahmenbedingungen einer Umfrage genau zu informieren. Andererseits müssten die Meinungsforscher auch an ihrer Methodik arbeiten. Auch dürfe man nicht vergessen, dass es sich bei Umfragen nur um Momentaufnahmen handle: „Wir befragen Personen zu bestimmten Zeitpunkten. Was eine Woche später passiert, kann man mit der besten Methodik nicht vorhersagen“, erklärt Sobotka.

## Opposition skeptisch

SPÖ-Klubchef Andreas Schieder und ÖVP-Generalsekretär Peter McDonald sagten auf Ö1, dass sie sich vorstellen könnten, Umfragen etwa eine Woche vor der Wahl zu verbieten. Christoph Hagen (Team Stronach) würde sie vier Wochen vor der Wahl untersagen. Die FPÖ sieht im Verbot eine reizvolle Idee, die nicht umsetzbar ist. Sinnvoller wäre es, Kriterien für Umfragen festzulegen, sagten die Grünen. Die Neos sehen keinen vernünftigen Grund für ein Verbot. Der zuständige Minister Josef Ostermayer (SPÖ) wollte sich auf VN-Anfrage nicht äußern. Das Thema solle auf parlamentarischer Ebene besprochen werden.

Kommentar

**Gerold Riedmann**



## Die Verwalter

Es braucht die Verwalter an manchen Orten, keine Frage. Sie verwalten Häuser, Vermögen, auch Insolvenzen. Allesamt haben sie gemein: Sie verwalten das ihnen Anvertraute, sie haben es nicht aufgebaut, respektive verursacht.

Menschen, die den Kurs ändern, wenn altbekannte Mittel nicht mehr greifen, sind definitiv keine Verwalter.



Ein Unternehmen kann seinen Standort verändern. Österreich kann das nicht.

In der Politik sind das Persönlichkeiten, die in unsicheren Zeiten Entscheidungen treffen, die sich nicht bis zum nächsten Urnengang auszahlen. Die braucht es an markanten Wendepunkten der Zeitgeschichte dringend. Jetzt also. Ein Zeitenwechsel ist mit Verwaltern nicht machbar.

So gibt es große Politiker - und solche, die im tagespolitischen Streit ersticken. Wir haben im Österreich der vergangenen Jahre

mehr leidliche Erfahrungen mit der letztgenannten Kaste gemacht.

Seit Bundeskanzler Werner Faymann am 1. Mai Pfiffe, Buhrufe und Rücktrittsforderungen entgegenschallt sind, ist die Krise weder als „hergeschriebe“ abzutun noch wegzudiskutieren. Besonders dankbar für die Misere in der Österreichischen Sozialdemokratie, über die genug gesagt wurde, ist derzeit vor allem die ÖVP. Die Konzentration auf Werner Faymann lässt den Konservativen eine Verschnaufpause - zusätzlich scheint im Lager der Volkspartei der Befund, wer der strahlende Nachfolger für den Neuaufbau ist, einfacher als bei der SPÖ zu sein: Mit Sebastian Kurz hat man einen unbefleckten, aufsteigenden Star im Politbetrieb. Bei der SPÖ träumt man zunächst noch von Superstar-Kandidaten wie Christian Kern oder Gerhard Zeiler, um sich schlussendlich wieder mit Faymann selbst oder seinen Vertrauten zufriedener zu geben.

Lachender Dritter dieser Selbsterfleischung, das wurde an dieser Stelle schon oft geschrieben, ist das dritte Lager - die FPÖ. Eines ist in diesem Zusammenhang wichtig: Es ist nicht ein Rechtsruck, der aktuell durch Österreich geht. Die Mehrheit der Bürger dieses Landes wollen nur mit allen Mitteln das Trauerspiel von Schwarz-Rot beenden. Und allzu viele Alternativen gibt es halt nicht. Die Menschen haben weniger in der Tasche. Wir alle haben begriffen, dass es nachfolgende Generationen gegebenenfalls nicht mehr so gut haben werden wie wir. Das ist das erste Mal seit 1945, dass wir uns das eingestehen müssen.

Zugegebenermaßen hat das heute in den VN veröffentlichte Interview mit dem Industriellen Wolfgang Eder, das wir diese Woche in Linz geführt haben, Spuren hinterlassen. Der Langzeit-Vorsitzende der voestalpine lässt klar durchblicken, wie sehr seiner Meinung nach die Bürger von der Politik unterschätzt werden, wie sehr eben verwaltet wird. Dass das vorherrschende System zu Ende geht.

Dabei haben Wirtschaftskapitäne leichter reden: Ein Unternehmen kann seinen Standort verändern. Österreich kann das nicht.

[gerold.riedmann@vorarlbergernachrichten.at](mailto:gerold.riedmann@vorarlbergernachrichten.at), Twitter: @geroldriedmann, Tel. 05572/501-320  
Gerold Riedmann ist Chefredakteur der Vorarlberger Nachrichten.

## Höchstgericht hat mehr Arbeit

**WIEN.** Der Arbeitsaufwand des Verfassungsgerichtshof stieg 2015 um fast 20 Prozent. 3551 neue Verfahren waren anhängig (2014: 2995). Bemerkbar machte sich die neue Gesetzesbeschwerde. Hier gab es 321 Parteienanträge. Auch die Asylfälle nahmen zu. Neu hinzugekommen ist 2015 die Streitschlichtungsfunktion bei U-Ausschüssen.

## Schulz warnt vor Hofer-Sieg

**ROM.** Der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz, warnte am Freitag vor einem Sieg des FPÖ-Kandidaten Norbert Hofer bei der Bundespräsidenten-Stichwahl. „Wenn die extremistische Rechte die Wahlen in Österreich und in Europa gewinnt, wird dies Europas Charakter ändern“, sagte er im italienischen Kanal RAI 3.

## Faymann will sich nicht geschlagen geben

**SPÖ-Chef will sich vor dem Parteivorstand am Montag mit allen Landeschefs treffen.**

**WIEN.** (VN-ebi, apa) Wohl noch nie musste Werner Faymann seinem Ruf als politischer Überlebenskünstler gerechter werden als in diesen Tagen. Von der Wahlschlappe des roten Hofburg-Kandidaten Rudolf Hundstorfer und einem Pfeifkonzert am 1. Mai angeschlagen läuft der SPÖ-Chef derzeit um seine Ämter. Der Grund, auf dem Faymann steht, ist wackelig. Seine größten Konkurrenten sind ÖBB-Chef Christian Kern und Medienmanager Gerhard Zeiler.

Wie es um die Zukunft des Kanzlers aussieht, hat sich am Freitag bei einem Treffen

der derzeit gewichtigsten Sozialdemokraten wohl nahezu entschieden. Auch wollten Wiens Bürgermeister Michael Häupl und der burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl besprechen, wie es die SPÖ denn künftig mit den Freiheitlichen halten soll. Am



Häupl (l.) und Niessl trafen sich zu einer Aussprache. APA

Montag wird es dann ernst für Faymann. Der Parteivorstand tagt und wird über den weiteren Kurs entscheiden.

## Revolt verhindern

Faymann selbst gibt nicht auf. Bis zuletzt will er dafür kämpfen, eine allfällige Revolte zu verhindern. Noch vor dem Parteivorstand und unmittelbar vor dem Mittagessen der roten Granden mit Bundespräsident Heinz Fischer trifft er die neun Landespartei-chefs zu einer Aussprache. Inwieweit sich die Länder von einem Verbleib des Kanzlers überzeugen lassen, bleibt abzuwarten. Klar für eine Ablöse Faymanns hat sich bisher bloß Salzburg positioniert. Der Vorarlberger SPÖ-Chef Michael Ritsch forderte Neuwahlen.

## Fast 70.000 Asylwerber in Österreich

**Nur vier Bundesländer erfüllen derzeit die Asyl-Quote.**

**WIEN.** (VN-ebi) Fast 70.000 Asylwerber befinden sich in Österreich in der Grundversorgung. Rund 6000 von ihnen fallen unter die Gruppe der unbegleiteten Minderjährigen. In den entsprechenden Quartieren werden

die Flüchtlinge gepflegt und betreut, bis sie ihren Asylbescheid erhalten. Ist dieser positiv, so können sie weitere vier Monate in der Grundversorgung bleiben.

Dies nahmen - per 25. April 2016 - 5230 Asyl- sowie 4384 subsidiär Schutzberechtigte in Anspruch, beantwortet Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP) eine Anfrage der

Neos. Zusätzlich befinden sich 120 abgelehnte, aber nicht abschleppbare Asylwerber in der Grundversorgung.

Ende April erfüllten vier Bundesländer die Asyl-Quote: Vorarlberg (103 Prozent), Wien (114), Burgenland (100) und Niederösterreich (101). Schlusslicht sind Kärnten mit 88 und Tirol mit 86 Prozent. Noch schlechter sind die

Quoten bei den unbegleiteten minderjährigen Asylwerbern. Hier hinken die Länder nach. Vorarlberg liegt bei gut 70 Prozent.

In einer weiteren Anfragebeantwortung erklärt Sobotka, dass das Innenministerium dem Verteidigungsressort Personalkosten von 2,1 Millionen Euro für den Assistenzeinsatz 2015 ersetzt habe.



## Vorarlberger Standortgespräch 2016

**Dienstag, 10. Mai 2016**  
FH Vorarlberg in Dornbirn, Beginn 19 Uhr

**„Mit.Einander exzellent - Betriebe brauchen Kommunen und umgekehrt“**

Referent: Mag. Martin Ohneberg, Präsident der Industriellenvereinigung Vorarlberg

Anmeldung:  
Per Mail an [anmeldung@standortgesprach.at](mailto:anmeldung@standortgesprach.at),  
oder online auf [www.standortgesprach.at](http://www.standortgesprach.at)

INSTITUT FÜR STANDORT-, REGIONAL- UND KOMMUNALENTWICKLUNG

ISK

FHV University of Applied Sciences



Gemeindeverband Vorarlberger Gemeindehaus

Raiffeisen Meine Bank

